

Bericht vor der Synode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland zum Thema:

Die Situation in der arabischen Welt

1. Einführung

Dieser Bericht über die Situation der Menschen in der arabischen Welt, über den arabischen Frühling, über die Verfolgung von Christen und die Lage von Verfolgten in der ganzen arabischen Region kann nur ein Fragment sein. Dennoch will ich versuchen, oft aus eigener Anschauung, ein Bild der Situation zu zeichnen, das sehr persönlich geworden ist. Sehen Sie mir deshalb gewisse Einseitigkeiten und vielleicht manche mangelnde aber dennoch geforderte Ausgewogenheit nach. Es ist nicht einfach, einen solchen Bericht abzugeben. Dennoch will ich es gerne tun und freue mich, dass Sie mich eingeladen haben. Ich möchte anhand einzelner Länder deutlich machen, wie sich die Situation in der arabischen Welt derzeit darstellt, wo es Veränderungen gibt, wo Hoffnungszeichen aufschimmern, aber auch wo tiefe Verzweiflung und Depression herrschen. Hilfreich dabei ist mir der Monatsspruch für den Monat Mai aus dem Galaterbrief 3,28: „Hier ist nicht Jude noch Grieche(Heide), hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau, sondern ihr seid allesamt eins in Christus Jesus“.

2. Saudi Arabien

Allgemeiner Überblick

Beginnen möchte ich mit dem arabischsten Land schlechthin: Saudi Arabien. Saudi Arabien ist ein stabiles Land, das von den direkten Nachfahren des Staatsgründers regiert wird. Auch im vergangenen Jahr war es von den Entwicklungen des „Arabischen Frühlings“ beeinflusst. Demonstrationen in kleinerem Rahmen fanden an verschiedenen Orten, vor allem aber in der Ostprovinz statt. Die Regierung reagierte darauf im Jahr 2011 mit Gehaltserhöhungen für Regierungsangestellte und dem Bau von Wohnungen. Kronprinz Naef starb 2012. Prinz Salman, der Verteidigungsminister, wurde zum Kronprinzen ernannt.

Religiös ist Saudi Arabien ein Land, in dem öffentliche Religionsausübung ausschließlich einer streng definierten Version des Sunnitischen Islam vorbehalten ist. Andere Formen des Islam unterliegen Beschränkungen und die Ausübung anderer

Glaubensweisen ist verboten. Die Regierung betont, dass die private Ausübung nicht-islamischen Glaubens erlaubt sei. Doch besteht weiterhin keine Klarheit darüber, worin genau zugelassene Glaubensausübung besteht. In den vergangenen Jahren wurde in mehreren Fällen von Druck auf christliche Arbeitsmigranten aus dem Ausland berichtet.

Saudi Arabien verfügt über eine diverse und wachsende Bevölkerung. Die Gesellschaft ist in hohem Grad von Unzufriedenheit geprägt. Insbesondere Jugendliche sehnen sich nach größerer individueller Freiheit. Die Geschäftsleute wünschen sich, dass der Einfluss der Königsfamilie im Geschäftsleben abnimmt.

Christen und Kirchen

In Saudi Arabien gibt es zahlreiche Gemeinden von Ausländern, die gezwungen sind, sich unauffällig zu treffen, um den nachstehend genannten Verhaltensregeln für nicht-muslimischen Gottesdienst zu genügen. Die in Saudi Arabien lebenden Christen sind in der Regel Ausländer und Arbeitsmigranten.

Im Juli 2006 versprach die saudische Regierung, nicht länger in den privaten Gottesdienst von Nicht-Muslimen einzugreifen. In einer schriftlichen Erklärung über ihre Politik erklärte die Regierung Saudi Arabiens gegenüber der Regierung der USA, „das Recht aller auf privaten Gottesdienst zu garantieren und zu schützen, einschließlich von Nicht-Muslimen, die sich in Privathäusern zur Ausübung ihrer Religion versammeln“ und „sicherzustellen, dass Mitglieder der [Religionspolizei] keine Verdächtigen verhaften oder Untersuchungen durchführen, keine Strafen verhängen und die Privatsphäre in den Häusern nicht verletzen“. In diesem Dokument sagte die Regierung auch zu, alle Verletzungen dieser Richtlinien zu untersuchen. Öffentlicher Gottesdienst von Nicht-Muslimen bleibt in dem Königreich weiterhin verboten.

Zu Beginn des Jahres 2009 äußerte der Vizepräsident der nationalen Menschenrechtskommission, dass „das Königreich die private Religionsausübung von Nicht-Muslimen nicht einschränkt“. Er berichtete dem UN Menschenrechtsrat, dass in Saudi Arabien, obwohl es als Wiege des Islam formell keine Kirchen beherbergen könne, Nicht-Muslime die Freiheit hätten ihren Glauben auszuüben „und die Riten ihrer Religionen in ihren Privathäusern durchzuführen“.

Berichte über Verfolgung von Christen

Im Juli 2012 wurde berichtet, dass eine Frau angeblich zum Christentum übergetreten sei und andere ihr geholfen hätten, das Land illegal zu verlassen. Sie wurde in der Folge als „die Frau aus Khobar“ bezeichnet.

Ein Mann aus dem Libanon, der maronitischer Christ ist, und ein saudischer Komplize halfen ihr. Laut Berichten wurde ihr im Januar 2013 in Schweden Asyl gewährt, die Asylgründe wurden allerdings nicht veröffentlicht. Im Mai 2013 wurden die beiden Männer in Saudi Arabien verurteilt, der saudische Bürger zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Hieben und der Libanese zu sechs Jahren Gefängnis und 300 Hieben. Beide legten Berufung ein. Es liegen keine Beweise dafür vor, dass die Frau tatsächlich konvertiert ist.

Am 12. März 2012 erließ der Großmufti einen Aufruf zur Zerstörung aller kirchlichen Gebäude auf der arabischen Halbinsel. Nach Berichten soll er gesagt haben, es sei „notwendig, alle Kirchen in der Region zu zerstören“. Dies wurde von vielen als reine Rhetorik betrachtet und tatsächlich ist bislang niemand zur Tat geschritten.

In den Jahren 2012 und 2013 gab es mehrere Vorfälle, die ausländische Christen in Saudi Arabien betrafen. Diese wurden jedoch zumeist vertraulich behandelt und keine oder nur wenige Einzelheiten bekannt.

Im internationalen Vergleich schränken derzeit höchstens zwei weitere Länder, nämlich Nordkorea und Afghanistan, die Religionsfreiheit stärker ein bzw. gehen stärker gegen Christen vor als Saudi Arabien.

Hintergrund-Informationen

Allgemeine Menschenrechtssituation

Die allgemeine Menschenrechtssituation ist weiterhin schlecht. Den vielen Wanderarbeitern wird nur minimaler gesetzlicher Schutz gewährt. Saudi Arabien bleibt das einzige Land der Welt, das Frauen verbietet, auf öffentlichen Straßen Auto zu fahren. In den letzten Jahren sind allerdings viele Verbesserungen in Aussicht gestellt worden und innerhalb des Landes gibt es eine wachsende Bewegung, die Veränderungen fordert (z.B. verbesserte Rechte für Frauen).

In der zweiten Hälfte des Jahres 2008 stellte die Menschenrechtskommission ihren Bericht für den UN-Menschenrechtsrat zusammen als Bestandteil der Untersuchung Saudi Arabiens im Rahmen der universellen Periodischen Überprüfung (UPR). Die eigentliche Untersuchung wurde 2009 durchgeführt. Die konstruktive Haltung, mit der die saudische Regierung der Untersuchung gegenüberstand sowie die Tatsache, dass die Regierung den Tatbestand von Menschenrechtsverletzungen eingestand und bemüht ist diese zu

beenden, wurde begrüßt. Es überrascht nicht, dass vielfältige Kritik an dem mangelnden Respekt für Religionsfreiheit geübt wurde.

Freiheit der Meinungsäußerung

In der Pressefreiheit gibt es geringfügige Verbesserungen auf niederstem Niveau. Themen wie Frauenrechte und Wirtschaftsreform werden in der Presse sehr vorsichtig angesprochen. Die Printmedien befinden sich in Privateigentum, werden aber staatlich subventioniert, und alle leitenden Herausgeber werden vom Informationsministerium ernannt. Wie gefährlich und schwierig Meinungsäußerungen im Internet sein können, hat sich erst vor ein paar Tagen gezeigt: Der Initiator der Internetseite „Liberales saudi Arabisches Netzwerk online“, Raef Badawi, wurde zu 194.000 Euro Geldstrafe, 10 Jahre Gefängnis und 1000 Peitschenhieben verurteilt, vor allem auch deshalb, weil er die Religionspolizei kritisiert hatte.

Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit werden im staatlichen Gesetzeskodex nicht behandelt. In der Praxis ist die Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt. Es gibt eine strenge Geschlechtertrennung, die festlegt, dass Männer und Frauen aus unterschiedlichen Familien keinen sozialen Umgang miteinander pflegen dürfen.

Ausländer können deportiert werden, wenn sie Veranstaltungen ohne Berücksichtigung der geforderten Geschlechtertrennung durchführen (wie im Fall von im Dezember 2011 verhafteten äthiopischen Christen).

Bewegungsfreiheit

Saudische Männer haben die Freiheit innerhalb von Saudi Arabien und ins Ausland zu reisen. Dies gilt allerdings nicht für Frauen. Sie benötigen eine schriftliche Erlaubnis von einem engen männlichen Verwandten (*Mahram*), um ins Ausland reisen zu dürfen. Im September erhielten Frauen die Erlaubnis allein mit ihrem Personalausweis innerhalb der Länder des Golf-Kooperationsrats zu verreisen – ein Privileg, das saudischen Männern bereits im Jahre 2010 gewährt wurde. Im November 2012 wurde ein System eingeführt, wonach dem Vormund einer Frau eine SMS zugeschickt wird, wenn diese das Land verlässt, selbst wenn sie mit ihrem Ehemann verreist. Viele saudische Frauen können ihre Häuser nicht ohne Begleitung ihres Mannes oder eines *Mahram* verlassen – eine Sitte, die von den Familien, nicht von der Regierung, aufrechterhalten wird.

Religions- oder Glaubensfreiheit

Saudi Arabien bleibt weiterhin ein Land, das Religionsfreiheit offen unterdrückt. Nur der offiziell anerkannte Wahhabitische Islam darf öffentlich praktiziert werden, während das Ausüben anderer Glaubensrichtungen auf die Privatsphäre beschränkt ist. Theoretisch dürfen die Schiiten Moscheen errichten, in der Praxis ist dies allerdings, außer in der Ostprovinz, nur eingeschränkt möglich. Schiiten im öffentlichen Dienst erleiden Diskriminierung und werden nur selten befördert. Seit 2012 werden sie erstmals zum Militärdienst zugelassen, allerdings nur für die niedrigen Dienstgrade. Im September 2008 verurteilte der Bericht von Human Rights Watch die Behandlung der Ismailiten in Saudi Arabien.

Hinsichtlich privater Religionsausübung bleibt die Rechtslage unklar, da das Recht nicht förmlich kodifiziert ist, sondern seine Anwendung in der Praxis auf Aussagen von namhaften Religionsführern in den Medien beruht. Nirgendwo ist festgelegt, was „private Religionsausübung“ bedeutet, d.h. ob „privat“ den Familienkreis im eigenen Heim meint oder eine kleine Versammlung von Freunden in einem Privathaus oder zusammen mit Nachbarn. Das führt zu unterschiedlicher Rechtspraxis, je nach Auslegung durch die örtlichen Beamten, manchmal sogar an demselben Ort, falls die Beamten wechseln. Das verursacht Verwirrung und führt zu Verhaftungen von Personen, denen von anderen Beamten zugesagt worden war, dass ihre Form der Religionsausübung akzeptabel sei. So ist Diskretion geboten, um Beschwerden durch Nachbarn zu vermeiden, welche zu Verhaftungen führen könnten.

Für den Abfall vom Islam gilt weiterhin die Todesstrafe. Es sind keine Fälle aus den vergangenen Jahren bekannt, in denen diese vollzogen wurde, da kein saudiarabischer Bürger von einem Gericht förmlich des Abfalls von Islam überführt und verurteilt wurde.

Migranten

Die Migranten können vielfach eine äußerst schlechte Behandlung erfahren. Christen sind davon genauso betroffen, wie alle anderen Arbeitsmigranten.

Jeder Migrant benötigt einen saudischen Sponsor. Zwar wurde die Sklaverei 1962 für illegal erklärt, jedoch blieb die Mentalität erhalten, ausländische Arbeiter zu „besitzen“. Man kann mit Recht behaupten, dass diese Haltung durch die umfangreiche Macht bestärkt wird, die in den Rechtsvorstellungen dem Sponsor über seine ausländischen Arbeitnehmer gewährt werden. 2004 wurde das Gesetz, nach dem der Sponsor den Reisepass des Arbeiters einziehen musste, widerrufen. (Ausländer müssen jedoch weiterhin jederzeit einen Ausweis bei sich

tragen). In der Praxis behalten gut bezahlte ausländische Arbeiter in höheren Positionen ihre Reisepässe, während die Arbeitgeber von schlecht bezahlten Migranten deren Pässe einbehalten, teils, um sicher zu stellen, dass diese ihren Arbeitsplatz nicht ohne ihre Zustimmung wechseln. Im März 2012 wurde in einem Bericht des (philippinischen) Komitees für das Wohlergehen von Arbeitnehmern in Übersee behauptet, dass 70% der philippinischen Frauen, die in Saudi Arabien arbeiten, physische oder psychische Misshandlungen erleiden.

Einstellung zu den wichtigsten internationalen Menschenrechtsvereinbarungen

Saudi Arabien ist weder dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), noch dem Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) beigetreten. Dagegen ist es der UN-Antifolterkonvention (Convention Against Torture and Other Cruel Inhuman or Degrading Treatment or Punishment) wie auch dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes beigetreten und hat die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) ratifiziert.

Bei der Unterzeichnung der *Arabischen Menschenrechts-Charta* 2004 erklärte die Regierung:

„In Saudi Arabien werden die Gesetze von der Scharia abgeleitet, die in allen Bereichen die Menschenrechte saudischer Bürger und aller anderen Einwohner des Königreiches enthält und schützt. Saudi Arabien hat, wie andere arabische Länder, die Kairoer Menschenrechtserklärung unterzeichnet, die das Ergebnis von Bemühungen von Juristen und Experten aus der arabischen und islamischen Welt darstellt. Saudi Arabien bestätigt nochmals seine Unterstützung der Kairoer Erklärung, die es als ein umfassendes Mittel zur Garantie grundlegender Menschenrechte betrachtet.“

Fazit:

Wie Sie sehen, ist die Situation in dem Land am Golf alles andere als eindeutig. Die Lage der Christen dort ist bedrohlich, und es gilt, das politische Schwergewicht Saudi Arabien auch in Zukunft genau zu beobachten, zumal Saudi Arabien ein wichtiger Verbündeter der USA in der Region ist, Deutschland zahlreiche Waffen nach Saudi Arabien exportiert und viele deutsche Firmen gute Geschäfte mit dem Land am Golf machen.

3. Naher Osten und Afrika

Länder des „Arabischen Frühlings“

Syrien

Ein besonderer Fokus ist dabei natürlich auf die Lage der Menschen in Syrien gerichtet. Seit nunmehr mehr als drei Jahren herrscht im Land ein Bürgerkrieg, dem nach Angaben der Vereinten Nationen bereits mehr als 150.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Über zwei Millionen Menschen sind nach UN Angaben bislang aus Syrien geflüchtet, innerhalb des Landes sind 4,25 Millionen Menschen auf der Flucht (Stand: 7. Oktober 2013). Die Mehrheit der Flüchtlinge blieb in den Nachbarländern: Fast 728.000 sind es im Libanon, rund 519.000 in Jordanien, 177.000 im Irak und 463.000 in der Türkei. Die Dunkelziffer liegt wahrscheinlich weit höher, da sich viele Flüchtlinge nicht registrieren lassen. Die Situation derjenigen, die es in die angrenzenden Länder geschafft haben, spitzt sich weiter zu. Immer mehr Notunterkünfte werden gebraucht. Die Mehrheit der Flüchtlinge lebt außerhalb offizieller Flüchtlingscamps. In Jordanien und im Libanon leben rund 80 Prozent der Flüchtlinge in Städten. Mit Andauern des Konfliktes wird die Versorgung der Flüchtlinge immer schwieriger für die aufnehmenden Länder.

Wann der Bürgerkrieg endet, und wer am Ende die Oberhand behält, ist nahezu unmöglich vorherzusagen. Im Augenblick scheint alles auf ein schreckliches Gleichgewicht zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen zu deuten, der das Leid für viele Millionen Menschen nur verlängert, auch wenn wir vor kurzem erst die Nachricht erhalten haben, dass sich die Rebellen aus der umkämpften Stadt Homs zurückgezogen haben.

Christen sind hiervon natürlich ebenfalls betroffen, Sorge um Leib und Leben, sowie die Versorgungssituation und das Gefühl, auf sich gestellt zu sein, führen zu großer Not, vor allem in den nördlichen Landesteilen. Da sich zudem viele Christen nicht festlegen, sich auf die eine oder die andere Seite der Bürgerkriegsparteien zu stellen und versuchen, neutral zu bleiben, sind sie beiden Seiten verdächtig und daher besonders verletzlich. Natürlich ist die Lage für alle religiösen Minderheiten prekär, zur besonderen Beobachtung der Lage wird daher auch von internationalen Akteuren aufgerufen.

Folgerichtig hat ein Zusammenschluss protestantischer Organisationen, die sich mit der weltweiten Religionsfreiheit beschäftigen, in einer „Istanbuler Erklärung“ im April 2013 dazu aufgerufen, „auf die besonders verletzlichen ethnischen und religiösen Minderheiten zu achten“.

Darüber hinaus werden Christen aber auch zunehmend Ziele für Angriffe, Entführungen und Zwangsbekehrungen, besonders im

Nordosten, wo nach Berichten Zehntausende Christen aus ihren angestammten Gebieten geflohen sind. Es steht zu befürchten, dass viele Flüchtlinge nicht mehr zurückkehren werden und sich langfristig eine Situation wie im Irak ergibt, wo in den vergangenen zehn Jahren Hunderttausende Christen geflohen sind. Zudem vermeiden es viele Flüchtlinge, sich in den Lagern des UNHCR registrieren zu lassen, da sie dort der Feindseligkeit sunnitischer Gruppierungen ausgesetzt sind.

Allerdings scheint die Verfolgung der christlichen Minderheit bisher noch nicht systematisch oder im großen Stil mit dem Ziel zu geschehen, dass sie aus dem Land vertrieben werden sollen. Die Entführung prominenter Leiter der syrischen Christenheit wie etwa des syrisch-orthodoxen Bischofs von Aleppo, Mar Gregorius Ibrahim, und seines griechisch-orthodoxen Kollegen, Paul Yazigi im April 2013 tragen zu dem wachsenden Gefühl der Unsicherheit und Angst bei. Dass sie bis heute verschwunden sind und keine Lösegeldforderung eingegangen ist, tut ein Übriges. Zahlreiche Verschwörungstheorien umranken diese Entführung, bis hin zu Informationen, dass eine Terrorgruppe aus Tschetschenien die Entführung zu verantworten habe. Es gibt aber immer wieder Hinweise, dass mindestens einer von den Bischöfen noch am Leben ist. Zahlreiche Christen weltweit haben sie deshalb in ihre Fürbitte eingeschlossen.

Ich konnte vor wenigen Wochen mit dem italienischen Journalisten Domenico Quarici von der italienischen Tageszeitung „La Stampa“ sprechen. Er war als Syrien-Korrespondent mehr als vier Monate in der Gewalt von Entführern. Quarici, der von der Zeit seiner Gefangenschaft deutlich gezeichnet ist, berichtete, dass nach seiner Freilassung seine Entführer ihn mit den Worten entlassen hätten: „Nun kannst Du in Deine Freiheit zurückkehren, wir aber werden weiterhin Gefangene dieses Krieges bleiben“. Dies wirft ein Licht auf die gegenwärtigen Zustände im Land.

All dies ist nur als die Spitze des Eisbergs zu sehen, da es schwierig ist, verlässliche Meldungen über die Situation im Land zu erhalten und einige Landesteile faktisch von der Außenwelt abgeschnitten sind. Wie es den Christen dort geht, und ob sie von den islamistischen Kräften, die sowohl aus Syrien selbst als auch aus den umliegenden Ländern kommen, besonders ins Visier genommen werden, ist daher nur schwer zu sagen. Im Vergleich zum vergangenen Jahr lässt sich allerdings festhalten, dass die Lage der Christen schwieriger geworden ist, und sie verstärkt Opfer von Gewalttaten und Vertreibungen werden. Die von der NGO Freedom House in ihrem Bericht „Freedom in the World 2013“ gegebene Zusammenfassung beschreibt es sehr gut: „Syrien hat am meisten unter den Auswirkungen des Arabischen Frühlings gelitten. 2011 hat das Regime Bashar al-Assads friedliche Proteste für politischen Wandel mit einem Krieg gegen die eigene Bevölkerung beantwortet“.

Hierbei ist, wie übrigens in all den anderen Anfängen des arabischen Frühlings auch festzustellen, dass der Konflikt meist dort begann, wo Menschen nichts mehr zu essen hatten und unter extremer Armut litten. Diese, Menschen, die nichts mehr zu verlieren hatten, gingen als erste auf die Straße, um zu demonstrieren. 2012 entwickelte der Konflikt dann, auch aufgrund der Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft, deutlichere religiöse Untertöne und zog mit al-Qaeda und anderen Terrorgruppen verbundene Kämpfer an.

Diese Entwicklung setzt sich fort und lässt die christliche Minderheit immer mehr zwischen die Fronten eines um sein Bestehen kämpfendes Regime und die mit extremistischen Kräften verbundenen Aufständischen geraten.

Irak

Im Dezember letzten Jahres hatte ich die Gelegenheit, zwei Flüchtlingslager im Norden des Iraks, in Kurdistan, zu besuchen. Ein Lager umfasste 70.000 Flüchtlinge, ein weiteres 16.000. Sie alle kamen aus Syrien und waren ausdrücklich von der nordirakischen Regierung eingeladen und willkommen geheißen worden. Derzeit wird dort eine komplette Infrastruktur für diese Flüchtlingen aufgebaut, damit sie angemessen versorgt werden können. Allgemein ist die Lage im Norden des Irak stabil, was vor allem an der dortigen Kurdischen Regierung liegt, die ausdrücklich darauf baut, dass verschiedene Ethnien, Kulturen und Religionen auf ihrem Gebiet leben und wohnen sollen. Hier ist Vielfalt gewollt und erwünscht. Es ist dies ja auch das Land, durch das der Erzvater Abraham mit seiner Frau und seinen Herden gen Süden zog.

Ägypten

Die Lage in Ägypten ist leider derzeit nicht sehr übersichtlich. Nur ein Jahr, nachdem der von der Muslimbruderschaft stammende Präsident Mursi demokratisch gewählt wurde, wurde er nach großen Demonstrationen Anfang Juli 2013 vom Militär abgesetzt und eine Übergangsregierung ausgerufen. Hiergegen gab und gibt es weiterhin ebenfalls große Proteste, sodass es nicht übertrieben ist, von einer gespaltenen Gesellschaft zu sprechen. Denken Sie nur an die vor kurzem ausgesprochenen mehr als 800 Todesurteile gegen Mursi-Anhänger. Was bedeutet das für die Christen im Land?

Nach wie vor ist Ägypten das Land mit der größten christlichen Minderheit im gesamten Nahen Osten: etwa drei Viertel aller Christen der Region leben hier, auch wenn inzwischen etliche Christen das Land verlassen haben und nach Nordamerika oder Europa ausgewandert sind. Dies ist jedoch noch keine Massenbewegung und beschränkt sich vorwiegend auf die wohlhabenderen Familien. Doch auch wenn die

Christen nach dem Sturz von Präsident Mursi neue Hoffnung geschöpft haben, besteht Grund zur Vorsicht. Interessant für uns ist auch die Tatsache, dass etwa ägyptische Kirchenvertreter uns bitten, nicht von Christen-Verfolgung im eigenen Land zu sprechen, das würde ihnen nur schaden. Wohingegen Christen aus Pakistan uns geradezu auffordern, den Begriff Verfolgung endlich beim Namen zu nennen, das würde ihnen nützen. Sie sehen die Zwiespältigkeit schon allein beim Begriff.

In den letzten Monaten kam es immer wieder zu Übergriffen auf Christen, welche sich nicht auf die ländlichen Gebiete im Süden beschränkten, sondern auch die großen Städte Kairo und Alexandria sowie deren Vororte betrafen. Hierbei kamen mindestens 100 Menschen ums Leben, mehrere hundert wurden verletzt. Weiterhin wurden auch Christen entführt, teils um Geld zu erpressen. Vor allem Frauen und Mädchen werden jedoch entführt, um sie Zwangs zu verheiraten, und um Angst und Hilflosigkeit unter den Christen zu schüren. Auch in direkter Reaktion auf die „Zweite Revolution“ im Juli 2013 wurden sechs Christen in einem Dorf im Sinai von islamischen Extremisten umgebracht.

Daneben bleibt es dabei, dass Christen als Bürger zweiter Klasse angesehen und marginalisiert werden. Da sie häufig leicht an ihrem Aussehen erkannt werden können und zudem in den Ausweispapieren ihre Religionszugehörigkeit aufgeführt ist, sind sie in einem momentan fast rechtlosen Umfeld noch schutzloser als bislang. Dass der Leiter von Al Qaida, Aiman al-Zawahiri, hinsichtlich des Sturzes von Präsident Mursi öffentlich von einer Verschwörung der Kopten mit den Amerikanern und der ägyptischen Armee gesprochen hat, trägt auch nicht zur Beruhigung der Lage bei. Im Gegenteil, im Süden des Landes wie auch in der Provinz Minya kam es zu weiteren Übergriffen, bei denen 24 Häuser von Kopten niedergebrannt wurden. Einheimische Kirchenleiter befürchten, dass Christen wieder einmal als Sündenböcke herhalten müssen.

Bedenkt man, dass Präsident Mursi und auch das Parlament mit seiner Zweidrittel – Mehrheit aus Muslimbrüdern und Salafisten demokratisch gewählt wurden, deren Ideale und Überzeugungen also weiterhin in der Gesellschaft verankert sein dürften, und die Opposition zersplittert und nach wie vor zu wenig organisiert ist, wird sich die Lage der Christen vermutlich nicht verbessern. Im Gegenteil könnten sie bei allen politischen Entscheidungen, die in der nahen Zukunft zu treffen sind leicht zwischen die Fronten geraten.

Ostafrika

Neben diesen Schlagzeilen produzierenden Ländern rückt die Situation der Christen in anderen Gebieten leicht aus dem Blickfeld. Dennoch

verdienen auch andere Regionen unsere Aufmerksamkeit, etwa Ostafrika. Die Situation in **Kenia** hat sich insgesamt zwar leicht entspannt, doch wurden am 7. Februar 2013 zwei Pastoren auf offener Straße von Männern auf einem vorüberfahrenden Motorrad erschossen. Dies geschah in Garissa, einer Stadt, die schon 2012 mehrfach Schauplatz von Attacken auf christliche Gemeinden war. Einen weiteren Vorfall gab es am 9. Juni 2013, als Unbekannte eine Handgranate auf eine Kirche in Likoni im Bezirk Mombasa warfen. Da es hierbei weder Tote noch Verletzte gab, wurde hierüber nicht weiter berichtet. Insbesondere Gemeinden im Osten des Landes, also an der Grenze zu Somalia, stehen offenbar weiterhin in der Gefahr, attackiert zu werden. Eine ganz neue Dimension des Terrors hat sich nun allerdings erst vor wenigen Monaten, Ende September 2013, in der Hauptstadt Nairobi gezeigt. Nach dem Angriff auf ein Einkaufszentrum mitten in Nairobi wurde deutlich, dass es die Terroristen gezielt auf westliche Menschen abgesehen haben. Hass auf die westliche Kultur, auf Christen und ganz besonders auch auf moderate Muslime treibt die Al Shabaab Milizien aus Somalia, die sich zu dem Anschlag bekannt haben, an.

Unter den insgesamt Toten waren auch zahlreiche Kinder. Wenn es stimmt, dass die Terroristen bevor sie schossen, die Muslime von den Nichtmuslimen getrennt haben, dann hat sich hier eine neue Dimension der Gewalt im Religiösen Mantel gezeigt.

Auch im Nachbarland **Tansania** hat sich die Lage zugespitzt. Dass Christen auf der Insel Sansibar schon immer stark unter Druck waren, ist nicht neu. Neu ist allerdings, dass es zunehmend Anschläge auf dem Festland gibt, die auch Menschenleben fordern. So wurde am 2. Februar 2013 ein Pastor der Assemblies of God in Geita im Norden des Landes von Terroristen ermordet und am 17. Februar der katholische Priester Evaristus Mushi auf Sansibar in seinem Wagen erschossen. In der Touristenhochburg Arusha, ebenfalls im Norden des Landes, explodierte am 5. Mai 2013 vor der katholischen Kirche St. Joseph eine Bombe. Der Anschlag vor der neu erbauten Kirche, in der gerade die Eröffnungsmesse gefeiert wurde, forderte drei Tote und mehr als 60 Verletzte. Tansania wurde als ganzes Land neu in den Weltverfolgungsindex von Open Doors aufgenommen, es nimmt Position 24 ein.

Sonstiges Afrika

In Westafrika nimmt **Nigeria** weiterhin zu Recht die traurige Spitzenposition ein, wenn es um die Bedrängung und Verfolgung von Christen geht. Zwar geht die Regierung gegen die Gruppierung Boko Haram weiterhin vor, doch kommt es mit furchtbarer Regelmäßigkeit immer noch zu Anschlägen auf Christen und christliche Einrichtungen. Erst jetzt haben uns die Nachrichten über die Entführung von 250

Mädchen im Norden Nigerias erreicht, von denen bis heute jede Spur fehlt und für die man Schlimmstes befürchten muss. Zeugen vor Ort sprechen davon, dass alle diese Mädchen sofort zwangsverheiratet wurden und direkt in die Nachbarstaaten gebracht wurden. Boko Haram hat mit dieser Aktion den Bogen auch im eigenen Land und bei der eigenen Bevölkerung überspannt. Ja, auch die eigenen Anhänger sehen hier eine völlig unangemessene Aktion, die zu weiteren Abspaltungen bei Boko Haram führt. Deutlich wird auch hier wieder, wie vielfältig die Motive für solche grausamen Verbrechen sind. Und diese Motive gehen meist weit über den religiösen Aspekt hinaus. Armut, Mangelnde Bildung, Ethnien, Nomadenproblematik, u.a. spielen eine große Rolle. Es ist nachgerade eine Ironie der Geschichte, dass in den Anfängen von Boko Haram, was am besten wohl mit „gegen westliche Bildung“ übersetzt werden kann, die Bewegung sich gegen Korruption für Armutsbekämpfung eingesetzt hat. Später dann hat sie sich aus Frustration und anderen Gründen radikalisiert. Derzeit besteht Boko Haram aus drei unterschiedlichen Strömen: 1: die, die gegen alles sind, was mit dem Christentum zu tun hat. 2: die, die gegen staatliche und religiöse Einrichtungen vorgehen, die Boko Haram nicht freundlich gesonnen sind und dabei auch Kasernen und Polizeiposten attackieren. Und 3: die, die als Räuberbanden Banküberfälle und Autodiebstähle verüben. „Das Land ist reich, die Menschen sind arm“, hat es vor kurzem ein Kenner der Region zusammengefasst und dabei vor allem auf die überall herrschende Korruption gezielt. Im März hat sich die Bewegung selbst in der Hauptstadt Abuja mit einer Bombe, bei der mehr als 200 Menschen getötet wurden, eindrücklich zu Wort gemeldet. Im Norden sind bislang mehr als 1500 Menschen ums Leben gekommen, Furcht vor Terror herrscht all überall, die Menschen sind verunsichert und die Regierung in Abuja schwach und untätig. Bereits jetzt gibt es schon „christenfreie“ Gebiete im Norden, weil die Menschen (mehr als 500.000) auf der Flucht sind. Es hat mich sehr beeindruckt, als vor kurzem ein Missionar, der lange in dem Gebiet im Norden tätig war, zugeben musste, dass manche Christen sich dort jetzt selbst bewaffneten, um Widerstand leisten zu können, wobei doch dies nach seinen Worten nicht der Weg der Gewaltfreiheit unseres Herrn Jesus Christus sei.

In das Blickfeld rückt dagegen in diesem Jahr die **Zentralafrikanische Republik**. Nach einem erfolgreichen Aufstand durch islamistische Rebellen, die so genannten Séléka, gab es Berichte, dass im März 2013 im ganzen Land gezielt christliche Einrichtungen attackiert und gebrandschatzt wurden. So wurden etwa Gebäude der Episkopalkirche, aber auch die katholische Hauptkathedrale in der Hauptstadt Bangui sowie Räumlichkeiten der Caritas angegriffen. Nur einen Monat später

wurden bei einem Granateneinschlag in eine Kirche in Bangui sieben Menschen getötet.

Auch wenn nicht ganz klar ist, ob dies ein gezielter Anschlag war oder ob das Kirchengebäude schlicht ins Kreuzfeuer geriet, stimmt doch nachdenklich, dass der neu ausgerufene Interims-Präsident des Landes, Michel Djotodia, in einem Brief an die Organisation der Islamischen Kooperation im April 2012 sich als Verteidiger der Muslime im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik vorstellte, alle Christen als Lügner bezeichnete und im Falle der Machtübernahme die Einführung eines Staates nach den Regeln der Scharia versprach. Präsident Djotodia hat sich bis heute nicht von diesem Brief distanziert. Die internationale Gemeinschaft hat die Bevölkerung allein gelassen, wie die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ schreibt. Dies gilt umso mehr für die besonders bedrohte christliche Bevölkerung.

Am 6. August 2013 wurde der Leiter der Evangelischen Allianz der Zentralafrikanischen Republik, Reverend Nicolas Guerékoyamé, ohne Angabe von Gründen für kurze Zeit verhaftet und wieder freigelassen. Lokalen Berichten zufolge geschah diese Festnahme auf direkte Anweisung des Interims-Präsidenten des Landes.

Was uns in diesem Land besonders natürlich besonders beschäftigt und auch mich persönlich extrem umtreibt, ist die Tatsache, dass auch christliche Milizen Muslime jagen und umbringen. Vor wenigen Monaten war dazu ein Video in der Tagesschau zu sehen, das viele Christen, darunter auch mich sehr verstört und aufgerüttelt hat. Wie weit kann christliche Solidarität da gehen? Was gehört sich im christlichen Miteinander? Wo sind wir gefragt als Mahner? Wo überhebe ich mich, wenn ich aus dem sicheren Norden hier Ratschläge gebe? Alles offene Fragen, auf die es keine schnellen Antworten gibt.

4. Schluss

Abschließend möchte ich auf den erstmals erschienenen „Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit von Christen“ weltweit hinweisen. Die EKD und die Deutsche Bischofskonferenz haben ihn gemeinsam in Auftrag gegeben. Er konzentriert sich auf das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit und fordert besonders die Einhaltung der internationalen Menschenrechtsmechanismen.

Bevor ich zum Schluss komme, noch etwas, was mich sehr beschäftigt. Der Präsident des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes IKRK, den ich Ende 2013 bei der Jahrestagung der katholischen Vereinigung Sant Egidio traf, berichtete von einer Krisenregion in unserer Welt, wo man Selbstmordattentäter mieten kann. „Rent a suizid bomber“, heißt der Werbespruch der Verantwortlichen. Zum Preis von 150 US Dollar

kann man sich einen Selbstmordattentäter kaufen. Geht man davon aus, dass Religionsführer diesen jungen Frauen und Männern das Paradies und anderes versprechen, wenn sie sich und andere in die Luft jagen, und dass durchschnittlich rund 50 Menschen bei einem solchen Selbstmordanschlag ums Leben kommen, dann beläuft sich der Wert eines Menschen auf gerade einmal drei US-Dollar. Diese zynische Rechnung zeigt deutlich, dass es an der Zeit ist, über Gottesbilder zu reden. Das Neue Testament berichtet und erzählt von einem Gott, der das Leben will. Von einem Gott, der sich wie ein Vater oder eine Mutter seinen Kindern zuwendet. Von einem Heiland Jesus Christus, der gegen Tod und Krankheit gehandelt hat und Menschen geheilt und selbst vom Tode auferweckt hat. Ein Gott des Lebens also. Vielleicht müssten wir dieses Gottesbild wieder deutlicher in die Welt tragen, gegen andere Gottesbilder, die vom Gott des Todes und der Rache sprechen. Vielleicht ist das unsere Aufgabe in diesen Zeiten der Gewalt und des Hasses, dass wir wieder mehr vom lieben Gott reden, von seinen Taten der Versöhnung und der Heilung.

So wie ich es in einem bewegenden Zeugnis erleben konnte, als ich vor einigen Monaten eine lutherische Kirche in Namibia besuchte. Eine Vertreterin der einheimischen Kirche dort dankte in einem sehr persönlichen Grußwort uns, und den Vertretern des Lutherischen Weltbundes mit den Worten: „Ihr wart bei uns in unserem Befreiungskampf, Ihr wart bei uns bei der Wiedereingliederung unserer Kinder, die aus der ehemaligen DDR wieder zurückgekehrt sind. Ihr habt nicht nur schöne Worte gesprochen und Briefe geschrieben, sondern Ihr habt ein Büro bei uns eröffnet, ihr wart physisch da und habt uns in einer extrem schwierigen Zeit mit leibhaftig anwesenden Menschen gezeigt, dass internationale christliche Gemeinschaft nicht nur ein Wort ist, sondern ganz konkret werden kann. Dafür danken wir Euch!“

Aus der Bibel wissen wir, dass sich unser Gott ganz ausdrücklich den Verfolgten zuwendet. Etwa der Hagar im Alten Testament, die flüchten musste oder am prominentesten der Heiligen Familie auf ihrer Flucht nach Ägypten. Dabei möchte ich an dieser Stelle auch an die 22 Flüchtlinge, Kinder, Frauen und Männer, erinnern, die wie gestern gemeldet wurde, in der Ägäis ertrunken sind, weil sie aus Somalia und Syrien kommend ,mit ihrem Boot gekentert waren. Sie waren auf dem Weg in die Europäische Union, nach Europa, um bei uns Schutz zu finden, und fanden den Tod.

Martin Luther hat in der Erklärung des 5. Gebots im Kleinen Katechismus ausgeführt, was dieses Gebot für uns bedeutet, und wie umfangreich das gemeint ist, wenn wir dieses Gebot hören: „Wir sollen Gott fürchten und lieben, dass wir unserem Nächsten an seinem Leibe keinen Schaden noch Leid tun, sondern ihm helfen und beistehen in allen Nöten“.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit
KR Klaus Rieth